

Kritische Studien  
zur Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von  
Helmut Berding, Jürgen Kocka  
Hans-Peter Ullmann, Hans-Ulrich Wehler

*Band 127*  
Philipp Ther  
Deutsche und polnische Vertriebene

Vandenhoeck & Ruprecht  
in Göttingen

Deutsche und polnische Vertriebene

Gesellschaft und Vertriebenenpolitik  
in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956

von  
Philipp Ther

Vandenhoeck & Ruprecht  
in Göttingen  
1998

Ankunft also häufig besser als schon 1945 Eintreffende, da die einzelnen Etappen der Aufnahme, die Einweisung in ein Auffanglager und die Weiterleitung in die Aufnahmeorte, inzwischen wie ein eingespieltes Radwerk funktionierten. Andererseits kamen die nach 1945 Ankommenden in mehrfacher Hinsicht zu spät. Das Bodenreformland war weitgehend verteilt, der beste noch verfügbare Wohnraum vergeben, kurzum die Verteilungsspielräume staatlicherseits schon merklich eingeschränkt. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß es der SED nur unter großen Schwierigkeiten gelang, auch nur eine kleine und privilegierte Gruppe unter den Vertriebenen, die sudetendeutschen Antifaschisten, 1946/47 mit Arbeit und Wohnraum zu versorgen.

Überdies blieb die Situation bei der Ankunft und Aufnahme schwierig. Die Vertriebenen befanden sich in einem Land, das von Beginn seiner Existenz an von extremem Mangel geprägt war. Die Notlage besserte sich aufgrund der andauernden Produktionsentnahmen und Reparationen nur zögernd und langsamer als in Polen. Die SMAD betrachtete die SBZ als den Teil Deutschlands, auf dessen Kosten sie mangels einer zonenübergreifenden Reparationsregelung einen Teil ihrer Kriegsverluste ausgleichen konnte. Die SBZ wurde also einerseits wie eine Beute behandelt, andererseits sollte sie die Keimzelle eines deutschen Staates nach sowjetischem Vorbild sein.<sup>45</sup> Diese seltsame Doppelrolle war einer der Gründe dafür, warum die SBZ und später die DDR gegenüber Westdeutschland wirtschaftlich bald ins Hintertreffen gerieten und auch der Lebensstandard von Vertriebenen nur sehr begrenzt angehoben werden konnte. Während sich in Polen die Lebensverhältnisse auch für die Vertriebenen ab 1947 vorläufig besserten, blieb die SBZ/DDR eine Mangelgesellschaft.<sup>46</sup> Die Reparationen vernichteten nicht nur materielle Werte, sondern auch industrielle Arbeitsplätze,<sup>47</sup> die gerade für die Vertriebenen gebraucht wurden. Die Zwangsablieferungen für die Rote Armee machten bescheidene Fortschritte wieder ganz oder teilweise zunichte. In der Textilindustrie mußte bis 1947 grundsätzlich die gesamte Produktion abgeliefert werden, obwohl gerade bei der Kleidung große Not unter den Vertriebenen herrschte.<sup>48</sup> 1948 war trotz dringenden Bedarfs die Herstellung von Möbeln für Vertriebene

45 Vgl. dazu *Naimark, The Russians*, S. 467 (von Naimarks Monographie »The Russians in Germany. A history of the Soviet Zone of Occupation« liegt inzwischen eine deutsche Ausgabe vor, die aber für diese Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden konnte), und *Staritz, Die Gründung*, S. 7 f. Beide Autoren arbeiten die Widersprüchlichkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik heraus, die hier aufgrund des limitierten Umfangs der Studie nicht in all ihrer Komplexität dargestellt werden kann.

46 Die Erhöhung des Lebensstandards in Polen und besonders in den Westgebieten wurde nach 1948 durch die stalinistische Wirtschaftspolitik, insbesondere die Kollektivierung, jedoch wieder zunichte gemacht.

47 Vgl. *Fischl*, S. 196; *Staritz, Die Gründung*, S. 51–59; Rainer Karlsch zieht sogar das Fazit: »In der SBZ haben die Demontagen das industrielle Potential weitaus einschneidender reduziert als die unmittelbaren Kriegszerstörungen.« *Karlsch*, S. 57.

praktisch unmöglich, da die Produktion »nicht einmal für die Befriedigung der Reparationskapazitäten ausreichte.«<sup>49</sup> Auch in der Landwirtschaft verringerte sich durch Zwangsablieferungen der Zuwachs bei der Viehpopulation. Dies stellte vor allem Bodenreformbauern und die Landwirte in Notstandsgebieten wie dem Oderbruch vor nahezu unlösbare Probleme.<sup>50</sup>

Die fortdauernde Not manifestierte sich in der Lebenssituation vieler Vertriebenen. In der SBZ/DDR traten noch 1948/49, also längst nach dem Ende von deren massenhaften Zustrom, Epidemien auf, wie sie in Polen zuletzt 1946/47 registriert worden waren. Ein Beispiel dafür ist eine Tbc-Epidemie im Lausitzer Industrieviertel, die vor allem unter Vertriebenen grassierte. Die Verwaltung des Kreises Calau-Senftenberg fragte im Frühjahr 1949 verzweifelt: »Wann werden unsere Kinder wieder Milch, Eier und mehr Butter erhalten – oder sollen sie alle der Tbc zum Opfer fallen?«<sup>51</sup> Pro Monat verzeichnete der Kreis 110 ausgebrochene Neuerkrankungen. Auf 65 gesunde Einwohner kam statistisch ein Tbc-Kranker. In Vertriebenen-Haushalten war es keine Ausnahme, daß Kranke und Gesunde in einem Bett zusammen schlafen mußten.<sup>52</sup>

#### *Transportprobleme in Polen*

In Polen war generell vorgesehen, die sogenannten Repatrianten in etwa auf den gleichen Breitengraden, auf denen sie lebten, nach Westen zu verschieben. Die Vertriebenen aus litauisch und weißrussisch gewordenen Gebieten sollten nach Masurien, Pommern und Pommern geleitet werden, die ehemaligen Bewohner Ostgaliziens in das südlich gelegene Schlesien.<sup>53</sup> Da die Vertreibung der Polen bereits im September 1944 vertraglich geregelt worden war, wurde auf polnischer Seite bald darauf per Dekret des PKWN am 7. Oktober 1944 das Staatliche Repatriationsamt (PUR) gegründet, das für die Aufnahme und Ansiedlung der Vertriebenen zuständig war. Das PUR hatte somit im Gegensatz zur ZVU einen Vorlauf, ehe die massenhafte Vertreibung begann.

Wie sich zeigte, waren die polnischen Behörden mit der Aufnahme jedoch vollkommen überfordert. Dies lag nicht zuletzt daran, daß eine allgemeine polnische Verwaltung, die die Ansiedlung hätte organisieren sollen, erst im

48 Vgl. dazu BAP, DO 1–10, Nr. 31, Bl. 195.

49 BLHA, Ld. Br. Rep. 206, Nr. 2071, Bl. 2.

50 Vgl. *Naimark, The Russians*, S. 159.

51 BLHA, Ld. Br. Rep. 250, Landratsamt (LRA) Calau/Senftenberg, Nr. 262, Bl. 3. Allerdings kam es auch in Westdeutschland unter Vertriebenen zu Tbc-Epidemien. Vgl. dazu beispielhaft *Sallinger*, S. 81 und 89 f.

52 Vgl. BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1150, Bl. 200 ff.

53 Vgl. *Kielczewska u. Gluck*, S. 9. Den Erinnerungen IZ, P 106 ist zu entnehmen, daß Vertriebenen vor der Eintragung in die Evakuierungslisten in den Ostgebieten fälschlicherweise in Aussicht gestellt wurde, ihre Dörfer würden komplett in die Westgebiete umzichen.

Entstehen war. Die im Frühjahr 1945 tätigen Verwaltungsequipen und das PUR mußten sich in den Westgebieten ihre Kompetenzen in Konkurrenz zu den Kommandanturen der Roten Armee mühsam erkämpfen, waren personell zunächst schwach besetzt und schlecht bezahlt. Außerdem zeigte sich bald, daß 1945 nicht nur die Logistik, sondern auch die Ressourcen fehlten, um Bevölkerungsverschiebungen größeren Umfangs ordnungsgemäß und menschenwürdig durchzuführen. Dies galt nicht nur für die deutschen Vertriebenen, sondern auch für die eigenen Landsleute aus dem Osten.

Das in Kattowitz ansässige Ansiedlungskomitee der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa urteilte im Juni 1945 kurz und bündig: »Das Hauptübel der Repatriierung und der Faktor, der die Arbeit des PUR behindert, ist Transport, Transport und nochmals Transport.«<sup>54</sup> Die Vertriebenen mußten an bestimmten Verkehrsknotenpunkten, von denen die Transporte in die einzelnen Aufnahmegebiete weitergeleitet wurden, tage- und wochenlang warten.<sup>55</sup> Auch in Niederschlesien und Pommern irrten Züge mit Vertriebenen umher oder warteten auf ihre Weiterleitung an die endgültigen Aufnahmeorte.<sup>56</sup> Vor allem auf größeren Bahnhöfen nahe der deutsch-polnischen Grenze von 1939, die sämtliche Ankömmlinge auf dem Weg weiter nach Westen und Norden passieren mußten, war die Lage prekär. Ebenso problematisch stellte sie sich in den Gebieten dar, die gleichzeitig für die Aufnahme und als Durchgangsstation bestimmt waren.

Im Oppelner Schlesien bildeten sich innerhalb weniger Wochen nach dem Beginn der Ankunft und Aufnahme regelrechte Flüchtlingsstaus. Ende Juni 1945 lagerten in Oppeln, Groß Strehlitz, Neisse und anderen Bahnhöfen im Oppelner Schlesien über 43.000 Menschen.<sup>57</sup> Gemäß der amtlichen Statistik waren bis zum 9. Oktober 25.992 Vertriebene noch immer »nicht angesiedelt«,<sup>58</sup> zum Großteil also obdachlos. Die Ursache für diese Verzögerung war, daß in Oppeln die Bahn russischer Spurbreite endete, die für militärische Zwecke und zum Abtransport der Ostpolen von Ostgalizien bis nach Schlesien verlegt worden war. In Oppeln, das eine wichtige Station auf dem Weg nach ganz Niederschlesien und angrenzende Gebiete war, wurden Vertriebene häufig einfach aus den sowjetischen Zügen geworfen, ohne daß ihr Weitertrans-

54 AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 7. Eine weiterer Brief des Ansiedlungskomitees von Ende Juli 1945 belegt, daß die Mißstände im Transportwesen über einen längeren Zeitraum hinweg auftraten. Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 24.

55 Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 3; vgl. auch Pierwsze lata, Bd. II, S. 315.

56 Für Niederschlesien vgl. einen Beschwerdebrief des PUR an das MAP in: AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 97; siehe auch AAN, MAP, sygn. 2489, Bl. 53 f. und *Kościak*, S. 62–65; für Pommern und Pommerellen vgl. AAN, MAP, sygn. 2488, Bl. 13.

57 Vgl. *Serafin*, S. 94; *Banasiak*, *Osadnictwo rolne*, S. 153; *Liszka*, S. 46 f.

58 AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 103.

port gesichert war.<sup>59</sup> Auch an Verkehrsknotenpunkten in Niederschlesien,<sup>60</sup> Pommern<sup>61</sup> und Masuren war die Lage schwierig.

### *Besiedlungspolitik in den Westgebieten*

Im Unterschied zur SBZ waren diese Zustände jedoch nicht nur objektiven Faktoren wie den kriegsbedingten Zerstörungen im Transportwesen und externen Faktoren wie dem nicht vorhersehbaren An- und Abschwellen der Bevölkerungsströme zuzuschreiben. In Polen war die Krise bei der Ankunft und Aufnahme auch hausgemacht. Die polnische Besiedlung der ehemals deutschen Ostgebiete stand seit Anfang 1945 ganz oben auf der politischen Agenda, denn, so schrieb das von den Sozialisten geführte Ministerium für öffentliche Administration am 15. Mai 1945 an das ZK der PPR: »Von der Fähigkeit, die Westgebiete zu besiedeln und zu bewirtschaften, wird nicht nur die Beurteilung der organisatorischen Begabung der polnischen Nation im Ausland abhängen, sondern auch in hohem Maße die Bewahrung und Sicherung der westlichen Grenze.«<sup>62</sup> Der Ministerrat sprach sich im Mai im Hinblick auf die internationale Lage für eine möglichst rasche Besiedlung aus, »ohne die Aufmerksamkeit auf die unter diesen Bedingungen unvermeidbaren Mißstände und Fehler zu lenken.«<sup>63</sup>

Die Regierung hatte jedoch nur grobe und vielfach falsche Vorstellungen, was die Aufnahmefähigkeit und Besiedlung der Westgebiete anbetraf. Im Mai 1945 gingen die Behörden davon aus, daß sich dort 7.241.000 Umsiedler und Repatrianten niederlassen können. Diese Zahlen waren angesichts des hohen Zerstörungsgrades der ehemals deutschen Ostgebiete utopisch, doch die Regierung schlug entsprechende Mahnungen von unabhängigen und eigenen Fachleuten in den Wind. Das »Büro für die Westgebiete« (Biura Ziem Zachodnich), einer Spezialkommission des »Polnischen Westmarkenverbandes« (Polski Związek Zachodni, kurz PZZ) und der »Wissenschaftliche Rat für Probleme der Wiedergewonnenen Gebiete« (Rada Naukowa dla Zagadnień Ziem Odzyskanych) hatten im Februar und erneut im Juli 1945 vergebens gefordert, die Besiedlung genau zu planen und stufenweise durchzuführen.<sup>64</sup>

59 Allein bis zum 23. Juni wurden die Insassen von 23 Vertriebenentransporten, die eigentlich für Niederschlesien bestimmt waren, einfach entlang der Bahnlinie im Oppelner Schlesien entladen. Vgl. *Serafin*, S. 89.

60 Vgl. AAN, MZO, sygn. 69, Bl. 114.

61 Vgl. AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 51–53.

62 AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 75; vgl. auch die entsprechenden Formulierungen in der Propagandabroschüre »Idziemy na Zachód« (Gehen wir in den Westen), S. 1, die für die Öffentlichkeit bestimmt war.

63 AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 13. Auf die übereilte Besiedlung gehen u.a. *Czubiński*, S. 196; *Heffner*, S. 61; *Liszka*, S. 46 f. und *Żygulski*, *Repatrianci*, S. 78 kritisch ein.

64 Vgl. *Kielczewska u. Gluck*, S. 7; *Kersten*, *Plany i organizacja*, S. 684 f. Krystyna Kersten stellt die

Für die geforderte rasche Besiedlung der Westgebiete war die Anzahl an Vertriebenen, so sehr sie die Behörden auch überforderte, wiederum zu klein. Die Regierung beschloß daher eine »Steigerung der Umsiedlungsaktion«, wonach vorgesehen war, vom 2. Juni bis zum 2. August 1945 1,85 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen in den ehemals deutschen Ostgebiete anzusiedeln, »daß sich in kürzester Zeit in den Allensteinischen, Stettiner, Oppelner und Breslauer Gebieten eine größtmögliche Zahl von Bevölkerung ansiedelt.«<sup>65</sup> Die gleichzeitige Einleitung einer zweiten massenhaften Wanderungsbewegung nach Westen brachte weitere organisatorische Anforderungen. Nach den Berechnungen der Regierung sollte das Versorgungsministerium während der Umsiedlungsaktion täglich acht Millionen Mahlzeiten bereitstellen. Da das Transportsystem vollkommen überlastet war, zogen viele Umsiedler in Trecks oder kleineren Gruppen auf eigene Faust nach Westen. Die Behörden duldeten und förderten dies, wodurch sie die Kontrolle über den Besiedlungsprozeß und somit letztlich über die Westgebiete vorerst aus der Hand gaben. Die Umsiedler kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben, siedelten häufig spontan und nahmen sich vom zurückgelassenen Eigentum der Deutschen, was sie für den Aufbau einer neuen Existenz brauchten.

Auch in den Verwaltungszentren der Wojewodschaften herrschten irrealistische Vorstellungen über die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Kreise und die Verteilung der Ankömmlinge. Die Wojewodschaftsverwaltung in Kattowitz ging davon aus, daß bis zum 1. Juni 1945 zunächst 225.000 und nach der Vertreibung der restlichen Deutschen insgesamt 629.000 Polen im Oppelner Schlesien angesiedelt werden könnten.<sup>66</sup> Dies war eine eklatante Fehleinschätzung. Wie die Fachleute des »Bürgerkomitees der Polen des Oppelner- und Breslauer Schlesiens« (Komitet Obywatelski Polaków Śląska Opolskiego i Wrocławskiego) richtig vorausberechneten, sollten im Oppelner Schlesien etwa 80% der Einwohnerschaft, also 900.000–1.000.000 Einwohner verbleiben.<sup>67</sup> Für 629.000 Vertriebene und Umsiedler war demzufolge auf keinen Fall Platz.<sup>68</sup> Der Generalsekretär der PPR, Władysław Gomułka, urteilte schließlich nach einer Inspektionsreise im Januar 1946: »Die Aufnahmefähigkeit des Oppelner Landes ist vollkommen ausgeschöpft, es ist sogar nötig, von hier 60.000 Familien umzusiedeln.«<sup>69</sup>

These auf, daß das vom Krieg geschädigte Polen 1945 ohnehin nicht zu einer organisierten Besiedlung in der Lage gewesen sei. Ebd., S. 687.

<sup>65</sup> Für die Details der Umsiedlungsaktion siehe AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 1–7.

<sup>66</sup> Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 21.

<sup>67</sup> Pierwsze lata, Bd. IV, S. 1044. Diese Schätzung war näher an der Realität als die der Regierung in Warschau. Bis zum 1. Juli 1949 wurden in dem ehemals deutschen Teil der Wojewodschaft, also im Oppelner Schlesien, 851.454 Einheimische verifiziert. Vgl. Lis, S. 30.

<sup>68</sup> Tatsächlich konnten bis 1950 nur 511.000 Vertriebene und Umsiedler angesiedelt werden. Vgl. Lis, S. 32.

<sup>69</sup> Zitiert nach Golebiowski, S. 190.

Auch die Aufnahmefähigkeit Niederschlesiens wurde angesichts der Kriegszerstörungen überschätzt. Ende 1945 galten die Ansiedlungsmöglichkeiten in der Wojewodschaft Breslau schon als nahezu erschöpft.<sup>70</sup> Anfang 1946 wurden acht Distrikte in Niederschlesien, zwei in der Wojewodschaft Posen und fünf in Masurien als überfüllt deklariert.<sup>71</sup> Konkret hieß das, daß es weniger Siedlungsstellen als Ansiedler gab. Auf einem Treffen der Kreisansiedlungsinspektoren und der Leiter der niederschlesischen Kreisämter des PUR in Breslau vom 31. Januar bis zum 2. Februar 1946 forderte ein hoher Funktionär des Repatriierungsamtes, die Ansiedlung in Niederschlesien sofort zu beenden, »weil wir die Menschen nicht zum Hungertod verurteilen können.«<sup>72</sup> Diese Einschätzung kann als Übertreibung angesehen werden, denn wenn gar kein Platz mehr vorhanden war, konnte man sich spontan mit der Vertreibung verbliebener Deutscher behelfen. Dennoch blieb 1947 und 1948 die strukturell ungünstige Verteilung der Bevölkerung in den Westgebieten bestehen. In vielen Regionen stritten sich mehrere Familien um einen Bauernhof, während in anderen das Land brachlag.<sup>73</sup>

Der Primat der schnellen Besiedlung bewirkte außerdem, daß die polnischen Vertriebenen nur selten auf unberührte Wohnungen und Häuser trafen, sondern meist erst dann ankamen, nachdem der erste Schwung polnischer Siedler bereits eingetroffen war. Die Ansiedlung der Vertriebenen ging in der Regel so vor sich, daß sie von den Bahnstationen, an denen sie entladen wurden, in die Umgegend ausschwürmten, bis sie eine Bleibe gefunden hatten.<sup>74</sup> Allerdings hatten sich zuvor Umsiedler aus Zentralpolen häufig die besten, ehemals deutschen Wohnungen und Hofstellen gesichert.<sup>75</sup> Der Zeitpunkt, zu dem nur noch kriegszerstörte und ausgeraubte Unterkünfte zur Verfügung standen, unterschied sich von Gegend zu Gegend. In den Kreisen, die unmittelbar an der ehemaligen Reichsgrenze lagen, waren die unzerstörten Bauern-

<sup>70</sup> Vgl. einen innerbehördlichen Brief in AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 181.

<sup>71</sup> Vgl. Banasiak, Settlement, S. 145.

<sup>72</sup> AAN, ZC PUR, sygn. XI/272, Bl. 15.

<sup>73</sup> Warum bestimmte Gebiete trotz einer deutlich niedrigeren Bevölkerungsdichte zu deutschen Zeiten als »überfüllt« angesehen wurden, wird im Kapitel zur Landreform näher erläutert. Dies betraf vor allem Gebiete, in denen vor 1945 Großgrundbesitz vorgeherrschte und die Anpassung an eine durch die Landreform vorgegebene mittel- und kleinbäuerliche Struktur besonders schwierig war.

<sup>74</sup> Im Laufe der Zeit, meist etwa ein halbes bis ein dreiviertel Jahr nach der Machtübernahme der polnischen Administration, bekamen die Behörden auch diesen Vorgang mehr und mehr in den Griff. Die Vertriebenen wurden 1946 von Vertretern des PUR meist schon zu den Siedlerstellen bzw. in leere Wohnungen in den Städten geführt.

<sup>75</sup> Vgl. Golebiowski, S. 175; Liszka, S. 46; Zygulski, Repatrianci, S. 112; für die Untersuchungsgebiete siehe AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 6, Bl. 46. Welche Folgen die Ungleichverteilung für den Zusammenhalt der Gesellschaft hatte, wird eingehend im dritten Hauptteil der Arbeit dargestellt.

höfe bereits Ende Mai 1945 belegt.<sup>76</sup> Ein paar Tagesmärsche weiter von den zentralpolnischen Gebieten war dies spätestens im Herbst der Fall,<sup>77</sup> im südlichen Niederschlesien Anfang 1946,<sup>78</sup> in abgelegenen Gebieten Pommerns auch später. Die Vertriebenen beschwerten sich bei den staatlichen Stellen darüber, daß für sie nur noch minderwertige oder wertlose Landwirtschaften übrig geblieben seien.<sup>79</sup>

#### Der »wilde Westen«

Der weitgehend unkontrollierte Verlauf der Besiedlung der Westgebiete rief zudem 1945 Migranten besonderer Art auf den Plan: die sogenannten Plünderer. Die ersten unter ihnen folgten der Roten Armee auf ihrem Vormarsch nach Westen und bedienten sich am Eigentum der Deutschen.<sup>80</sup> Viele Polen, darunter auch Staatsbedienstete, glaubten zunächst nicht an die Endgültigkeit der Grenzverschiebungen. Geplündert wurde im damaligen Verständnis somit ehemals deutsches, nicht zukünftig polnisches Eigentum. In den größeren Städten entstanden weitläufige Märkte, auf denen die Plünderware getauscht und verschoben wurde. In Breslau hieß dieser Markt, der auf einer ausgebombten, riesigen innerstädtischen Brache entstand, im Volksmund *Szaberplac*.<sup>81</sup> Nachdem leerstehende Wohnungen, Häuser, Bauernhöfe und Betriebe ausgeraubt waren, waren auch Menschen vor den Plünderern nicht mehr sicher. Der *Szaber* nahm im Frühsommer 1945 zunehmend organisierte und mafiöse Ausmaße an. Zeitweise übernahmen Banden die Herrschaft über die Straße.<sup>82</sup> Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die Plünderer angerich-

76 Vgl. AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 74, Bl. 27; vgl. auch IS, P 95.

77 Vgl. für den Kreis Brieg Pierwsze lata, Bd. II, S. 319; für den Kreis Grottkau Pierwsze lata, Bd. II, S. 347.

78 Vgl. dazu IS, P 80; IZ, P 201; *Kosciak*, S. 57; *Zygulski*, Repatrianci, S. 112.

79 Vgl. als Beispiel mehrere Beschwerdebriefe in: AAN, MAP, sygn. 2488, Bl. 5 und AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 207. Einschränkend muß festgehalten werden, daß es in vielen Ortschaften auch Gegenbeispiele zu den Kategorien der vergleichsweise armen Vertriebenen und relativ gutgestellten Umsiedler gab.

80 Vgl. *Zygulski*, Repatrianci, S. 18; *Olszewska*, S. 95; *Golębiowski*, S. 175; vgl. die besonders plastischen Erinnerungen IS, P 47, in denen die damalige Situation aus der Sicht eines Plünderers geschildert wurde, der seine Erlebnisse später als einen Akt der Gewissensreinigung minutiös niederschrieb. Vgl. auch die Darstellung der Plünderungen in *Hartung*, Gewiegt von Regen, S. 243–245.

81 Das Wort »Szaber« entstammt der Gaunersprache Rottwelsch. Sein Ursprung wird allerdings in Polen gemeinhin und fälschlicherweise dem Jiddischen zugeschrieben. Auf Polnisch ist Szaber ein Synonym für Plünderung. Vgl. zum *Szaberplac* in Breslau *Sobków*, S. 60; vgl. zu den Plünderungen in Breslau auch *Kempfi*, S. 92.

82 Zitiert nach *Kowalski*, Kształtowanie się, Quelle Nr. 149; vgl. auch Pierwsze lata, Bd. III, S. 601.

tet wurden, waren enorm.<sup>83</sup> Sie gingen zu Lasten eines raschen Wiederaufbaus der Westgebiete und nicht zuletzt auch der Vertriebenen.

Die polnischen Behörden versuchten, diese Auswüchse zu bekämpfen. In Breslau wurden von September 1945 bis Januar 1946 die Ausfallstraßen gesperrt, um den Abtransport von geplünderten Gütern zu unterbinden.<sup>84</sup> Der Posener Wojewode ließ Ende Oktober eine Warnung »in der Angelegenheit der Plündererei« plakativieren, daß der *Szaber* in Zukunft »mit allen möglichen Repressionsmitteln« bekämpft werde.<sup>85</sup> In einem vertraulichen Brief an das MAP vom 17. Juli 1945 forderte einer der Verantwortlichen für die Umsiedlung aus Zentralpolen in die Westgebiete: »Eine große Plage des Westens ist die Plündererei, die niemand verhindert. Meiner Meinung nach würde die Einrichtung von Arbeitslagern für Plünderer dieses Problem lösen.«<sup>86</sup> Am 22. Februar 1946 erließ das MZO eine Verordnung, welche die Ausfuhr beweglicher Güter aus den Westgebieten weitgehend verbot.<sup>87</sup> Doch für die eben erst etablierten staatlichen Stellen war es schwierig, sich gegen die Banden durchzusetzen und die Plünderer effektiv zu bekämpfen.

Im Herbst 1945 hatten die Banden längst die Behörden und die Sicherheitsorgane unterwandert. Bedienstete der Landratsämter, Bürgermeister und Gemeindegemeinschaftsbereitschaften beteiligten sich an den Schiebereien.<sup>88</sup> Welche Ausmaße die Korruption hatte, demonstriert ein Überblick über die Untersuchungsgebiete und benachbarte Kreise. In den Kreisen Neisse, Kreuzburg und Grottkau wurden jeweils der Vizelandrat und mehrere Bürgermeister wegen Korruption und Amtsmissbrauch zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, im Kreis Namslau traf

83 Vgl. dazu das Fazit in *Pierwsze lata*, Bd. IV, S. 928: »Die Plünderer trugen zu einem bedeutenden Teil zur Zerstörung der Städte im Westen bei.« Als ein Beispiel für Zerstörung nach dem Abschluß der Kampfhandlungen kann Oppeln dienen. Die Stadt überstand die Kämpfe zwischen Wehrmacht und Roter Armee mit vergleichsweise geringen Schäden. Erst nach der Eroberung wurde Oppeln zunächst durch sowjetische Brandschatzung, dann durch mehrere, von polnischen Plünderern gelegte Brände zu 60% zerstört.

84 Vgl. *Ordylowski*, S. 18; zur Lage in Pommern vgl. *Szymański*, S. 100.

85 Zitiert nach *Priebe*, S. 87.

86 AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 83.

87 Zur Durchsetzung wurden scharfe Kontrollen auf Straßen, Zügen und Schifffahrtswegen durchgeführt. Vgl. AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 175 ff.

88 Vgl. für den Kreis Falkenau Pierwsze lata, Bd. VI, S. 1571; für den Kreis Strelitz *Priebe*, S. 83; für den Kreis Cosel AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 349, Bl. 20 ff.; siehe auch einen vertraulichen Polizeibericht in AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 351, Bl. 3–5 (vertraulich war der Bericht wohl deshalb, weil in diesem Fall von Plünderung der stellvertretende Bürgermeister der betreffenden Gemeinde, der Gemeindegemeinschaftssekretär und mehrere Angehörige der MO verwickelt waren.); vgl. für den Kreis Kreuzburg AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 301, Bl. 60; vgl. außerdem zur Lage in ganz Oberschlesien Pierwsze lata, Bd. III, S. 689. Diese Quellen beziehen sich zwar nur auf Oberschlesien, doch gibt es aufgrund zahlreicher anderer Überlieferungen in Erinnerungen und Briefwechseln innerhalb der Behörden keinen Zweifel daran, daß die Korruption in den Westgebieten flächendeckend auftrat.

es den Landrat persönlich.<sup>89</sup> Eine Verfolgung der Korruption war jedoch zunächst auch deshalb schwierig, da die Polizei und der Geheimdienst ebenfalls in Schiebereien verwickelt waren.<sup>90</sup> Aus dem mittleren Niederschlesien liegen dazu die Erinnerungen eines früheren Mitarbeiters des »Amtes für öffentliche Sicherheit« (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego, kurz UBP) vor. Aus ihnen geht hervor, daß die Leitung des Geheimdienstes kein Interesse an der Verfolgung von Plünderern hatte oder sogar selbst in Eigentumsdelikte verstrickt war.<sup>91</sup>

Die verbreitete individuelle, organisierte und von Staatsdienern betriebene Kriminalität bewirkte, daß man 1945 und 1946 in Polen die ehemals deutschen Ostgebiete häufig als »wilden Westen« bezeichnete.<sup>92</sup> Dies war insofern treffend, als dort das Recht des Stärkeren galt, während die Sicherheit der Bürger nicht gewährleistet war.<sup>93</sup> Unterprivilegierte und schutzlose Bevölkerungsgruppen wie die verbliebenen Deutschen und die Einheimischen in Oberschlesien sowie polnische Vertriebene wurden besonders häufig Opfer der Kriminalität. Im Frühsommer 1945 überfielen außerdem mehrmals sowjetische Soldaten Vertriebenentransporte vor ihrer Ankunft.<sup>94</sup> Mit der Übergabe der Macht in den Westgebieten auf polnische Behörden ging auch in diesem

89 Vgl. Kowalski, Powrót, S. 308. Die Korruption hatte ihre Wurzeln jedoch auch in der schlechten Bezahlung der Staatsbediensteten, die für die Ernährung einer Familie nicht ausreichte. Vgl. dazu einen Bericht an das ZK der PPR über die Zustände bei den Sicherheitsorganen vom Mai 1945 in AAN, 295/VII/51, Bd. 1, Bl. 25; für 1947 siehe CA MSW, MAP, sygn. 118, Bl. 119.

90 Vgl. Kowalski, Powrót, S. 240 f. Die Verwicklung des UBP ging soweit, daß der oberschlesische Wojewode auf einer Sitzung des Nationalrates der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa am 15. Mai 1945 forderte, daß eine Säuberung des UBP erfolgen müsse. Vgl. Kowalski, Powrót, S. 243.

91 Vgl. IS, P 80.

92 Auch die unveröffentlichten biographischen Notizen des Oppelner Historikers Władysław Lach, in denen eigentlich den »Pionieren« in den Sicherheitsorganen ein Denkmal gesetzt werden sollte, bestätigen die Wild-West-Realität von 1945. Innerhalb der Bürgermiliz (Milicja Obywatelska, kurz MO) geschahen zahlreiche Morde im Zusammenhang mit Korruption und dem organisiertem Verbrechen. So kamen im Mai 1945 in Cosel der stellvertretende MO-Kommandant der Stadt, im Juli dessen Nachfolger, im gleichen Monat der MO-Kommandant des Kreises und im August 1945 schließlich der MO-Kommandant der Stadt bei bewaffneten Auseinandersetzungen, der Festnahme von korrupten Kollegen oder ungeklärten »Unfällen« ums Leben. Vgl. Lach, Notki biograficzne, S. 3, 35, 74 und 78. Häufig verloren MO-Angehörige auch in Auseinandersetzungen mit Soldaten der Roten Armee ihr Leben. Vgl. Lach, Notki biograficzne, S. 9, 31, 37, 54, 60, 75, 88 und 89. Darüber hinaus starben viele bei der Verfolgung von Banden. Vgl. Lach, Notki biograficzne, S. 29, 36, 40, 41, 42, 83, 95 und 111.

93 Verschiedentlich beklagten dies Behördenvertreter, so z.B. die niederschlesischen Kreisniedersiedlungsinspektoren des PUR in Breslau, die Anfang 1946 aus allen Kreisen berichteten, daß der Stand der Sicherheit schlecht bis verheerend war. Siehe AAN, ZC PUR, sygn. XI/272, Bll. 2–13; vgl. dazu für Pommern auch Kersten, Początki stabilizacji, S. 16 f.

94 Vgl. einen Bericht an das ZK der PPR vom Juni 1945 in: AAN, 295/VII/51, Nr. 1, Bl. 58. Ein Bericht an das MAP zeigt, daß auch Umsiedler aus Zentralpolen auf dem Weg in die Westgebiete von Soldaten der Roten Armee überfallen wurden. Vgl. AAN; MZO, sygn. 1658, Bl. 83. Vgl. zur Beraubung von polnischen Vertriebenen nach ihrer Ankunft in den Westgebieten Kowacz, S. 94.

Bereich das Gesetz des Handelns an Polen über. Daß Vertriebene wiederholt Opfer von Banden wurden, belegen innerbehördliche Briefwechsel. Nach mehreren Überfällen auf Vertriebenentransporte gab das PUR in der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa im August 1945 eine Anweisung an alle Kreisbüros des PUR, Überfälle auf Züge mit Vertriebenen zu verhindern, außerdem Protokolle über die Umstände der Überfälle zu verfassen.<sup>95</sup> Diese Anweisung beleuchtet schlaglichtartig die Zustände in den Westgebieten. Selbstverständlich wäre die Aufzeichnung und Verfolgung solcher Straftaten Aufgabe der Miliz gewesen. Die MO blieb aber untätig bzw. war im Kreis Kreuzburg selbst in Überfälle verwickelt. Das PUR sah sich deshalb offenbar zum Handeln gezwungen, obwohl die Verfolgung von Kriminalität nun wirklich nicht zu den Zuständigkeiten des Amtes gehörte.<sup>96</sup>

Ein Bericht eines ostpolnischen Vertriebenen von seiner Ankunft in der Ortschaft Militsch in Niederschlesien illustriert, welche Rückwirkungen der Szaber auf die Aufnahme der Vertriebenen hatte: »Wie sahen diese Wohnungen aus, die seit mehreren Monaten verlassen waren? Auf dem Boden aller Räume lag zersplittertes Geschirr, verschiedenes Glas, zerbrochene Möbel, aus Büchern herausgerissenes Papier, aus Kissen hinausgeschüttete Federn. Auch alle Tür- und Schrankschlösser waren herausgebrochen. Eine unglaubliche Zerstörung. Aus irgendwelchen Gründen waren zwei Wohngebäude ausgebrannt. ... So war es also damals, als Tausende Repatrianten auf dem Weg waren oder auf den Bahnstationen unter sehr schlimmen Bedingungen warteten. Andere raubten im Sinne des Wortes das, was ihnen am meisten gefiel, entleerten die Wohnhäuser bis aufs letzte, und von den Bauernhöfen nahmen sie verschiedene landwirtschaftliche Geräte, womit die Bauern einen guten Verdienst machten und sich mit Leichtigkeit bereicherten. Die Repatrianten hatten wenig von dem, was zurückblieb.«<sup>97</sup> Ähnliche Berichte gab es aus den gesamten Westgebieten.<sup>98</sup> Dies betraf neben den Vertriebenen auch später eintreffende Umsiedler, die man mit Versprechen, daß in den Westgebieten Milch und Honig flössen, angelockt hatte. Regierungsvertreter in Warschau bekamen schon Zweifel, ob unter diesen Umständen die Besiedlung der Westgebiete überhaupt gelingen könne.<sup>99</sup>

95 Vgl. AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 8, Bl. 195.

96 Zu Eigentumsverlusten von Vertriebenen vgl. auch IS, P 127; IS, P 95 und IZ, P 59.

97 IS, P 68, S. 10.

98 Vgl. AAN, MZO, sygn. 84, S. 54–56; IZ, P 201; AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 351, Bll. 3–5; Priebe, S. 83; Pierwsze lata, Bd. IV, S. 911ff.

99 Vgl. einen innerbehördlichen Briefwechsel: »Sie disqualifizieren schändlich unsere Gesellschaft. Unter ihnen sind besondere Mängel festzustellen: systematische und fortdauernde Plünderung, Vernichtung des lebenden und toten Inventars, Schlachtung mit Handels- und Schieberzielen, Schlamperei und Mangel an Ordnung, erschreckende Untätigkeit und Faulheit, schließlich fortdauernde Trunkenheit.« AAN, MZO, sygn. 84, Bll. 54–56.

Der zunächst weitgehend unkontrollierte Verlaufsbesiedlung hatte auch Auswirkungen auf die Aufnahme der Vertriebenen, wenn die Gesetze eingehalten wurden. In vielen Fällen trafen die Ankömmlinge in den einzelnen Aufnahmeorten auf bereits belegte Höfe und Immobilien, die von Umsiedlern angeblich für ihre Ansiedlung, in Wahrheit aber zu Spekulationszwecken reserviert worden waren.<sup>100</sup> Doch selbst wenn es offenkundig war, daß die momentanen Besitzer nicht auf Dauer bleiben, sondern z.B. nur das Vieh und die Maschinen nach Zentralpolen bringen wollten, hatten die Vertriebenen das Nachsehen, da bereits belegte oder reservierte Anwesen nicht nochmals besiedelt werden konnten. Auch in den Städten hatten die, die zuerst ankamen, den besten Zugriff auf die vorhandenen Ressourcen.<sup>101</sup> In den Westgebieten entstand eine eindeutig nachweisbare Ungleichverteilung, auf die im Kapitel 2.3.3 näher eingegangen wird.

In der Hinsicht, daß eine frühe Ankunft in den Aufnahmegebieten vorteilhaft war, ähnelte Polen der SBZ. Auch dort war der Zeitpunkt der Aufnahme einer der Faktoren, der bestimmte, in welchen Wohnquartieren die Ankömmlinge unterkamen und inwieweit sie im Rahmen der Bodenreform noch Land erhielten. Ende 1945 war das gute Land verteilt und die Vertriebenen in der SBZ mußten mit dem vorliebnehmen, was übriggeblieben war. In Polen war die Unzufriedenheit der Vertriebenen über die Ungleichverteilung von Eigentum und Wohnraum in den Westgebieten jedoch größer als in der SBZ, weil deutlich zu erkennen war, daß es der anderen Gruppe von Ankömmlingen, den Umsiedlern aus Zentralpolen, meist besser ging. Die Ursache für die Ungleichverteilung nur im Zeitpunkt der Ankunft in den Aufnahmegebieten zu sehen, wäre gleichwohl eine unzulässige Reduktion; in der Konkurrenz zu den Umsiedlern konnten sich die polnischen Vertriebenen auch deshalb nicht durchsetzen, da die Zentralpolen zahlreicher waren, den Staatsapparat und die mächtigen Sicherheitsbehörden dominierten und überdies von der Regierung als die eigentlichen »Pioniere«, die Träger polnischer Kultur und Staatlichkeit in den Westgebieten, angesehen wurden. Dagegen beschloß die Regierung im Mai 1945, daß die Vertriebenen nicht mehr als 40% der Bevölkerung in den einzelnen Aufnahmeorten ausmachen sollten.<sup>102</sup> Auch diese Vorgabe ließ sich nicht einhalten, doch das Prinzip war klar: Die Vertriebenen sollten in den Kreisen und Städten majorisiert und nicht mehr geschlossen entsprechend ihrer Herkunft angesiedelt werden, wie es zunächst vorgesehen gewesen war.

<sup>100</sup> Vgl. dazu die plastisch beschriebenen Fälle in AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 6, Bl. 46; ebd. sygn. 8, Bl. 36; IS, P 68.

<sup>101</sup> Vgl. für Breslau Kempfi, S. 93 ff.

<sup>102</sup> Vgl. AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 13.

### Not und Elend der Vertriebenen

Die Kombination aus allgemeiner Notlage, Organisationsdefiziten auf seiten der Verwaltung und dem Primat der schnellen Besiedlung der Westgebiete bewirkte, daß ein erheblicher Anteil der Vertriebenen nach der Ankunft weiter verelendete. Der Bericht einer Delegation der PPR vom 22. Juni 1945 aus Oppeln gibt dies wieder: «Die Bedingungen, unter denen sich die Leute aufhalten, sind wirklich fatal. 1) Mangel irgendwelcher sanitären Einrichtungen. 2) Niemand kümmert sich um Sauberkeit. 3) Mangel an sauberem Trinkwasser. Unter den Repatrianten gibt es schon Typhuskranke, für die es an ärztlicher und medikamentöser Fürsorge fehlt.»<sup>103</sup> Berichte und Eingaben aus Gemeinden im Oppelner Land belegen, daß Vertriebene nicht nur an den Bahnhöfen, also direkt nach ihrer Entladung, sondern flächendeckend in den Aufnahmeorten unter Not litten.<sup>104</sup> Das Ansiedlungskomitee der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa stellte im Oktober 1945 fest, daß Vertriebene wegen der hohen Preise nicht in der Lage seien, sich Lebensmittel zu kaufen und daher anderweitig versorgt werden müssten.<sup>105</sup> Im Sommer 1946 fuhr eine Untersuchungskommission des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete durch ganz Schlesien und konstatierte: »Außer einer bestimmten, kleinen Gruppe an Spekulanten – lebt die zugewanderte Bevölkerung auf sehr niedrigem Niveau, einige leben außerhalb des Lebens, sie lassen sich nicht nieder, sie leben wie auf einer Etappe.« Die Vertriebenen, so der Bericht weiter, »wurden zu Parias, jeden Schutzes beraubt, ... ohne Perspektiven für die Zukunft, wie wandernde Zigeuner und ein sprichwörtlicher Jude, ewig heimatlos.«<sup>106</sup>

Die Not hatte neben den beschriebenen Umständen der Ansiedlung ihre Ursache auch in der Art und Weise, wie die Vertreibung der Polen durchgeführt worden war. Vertriebene, die ihr Eigentum verloren hatten, besaßen schlechte Voraussetzungen für ein Überleben in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der Tauschwirtschaft vorherrschte. Sie besaßen wenig, was man zum Beispiel gegen Lebensmittel hätte tauschen können; auch die mitgebrachten Vorräte der ländlichen Bevölkerung waren auf ein Minimum geschrumpft. Das verbreitete Elend in den polnischen Westgebieten und speziell unter den Vertriebenen hatte zur Folge, daß die Sterblichkeit rasch anstieg. Im Frühsommer 1945 traten zahlreiche Typhusepidemien auf,<sup>107</sup> im Oktober verschlechterte sich die Lage vor allem in den Städten erneut.<sup>108</sup> Insgesamt wurden 1945 laut

<sup>103</sup> Zitiert nach Kowalski, Kształtowanie się, Quelle Nr. 133.

<sup>104</sup> Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 124; AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 6, Bl. 138; Pierwsze lata, Bd. IV, S. 1036.

<sup>105</sup> Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 68.

<sup>106</sup> AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14ff. und Bl. 204.

<sup>107</sup> Vgl. entsprechende Diskussionen im Ansiedlungskomitee der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa wegen der Ausbreitung von Typhus in AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 10.

<sup>108</sup> Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 135; Pierwsze lata, Bd. III, S. 689.

einer Statistik der Regierung in den Westgebieten 39.886 Typhuserkrankungen gemeldet, 3.121 Menschen verstarben daran.<sup>109</sup> Im Spätherbst und Winter ersetzte die Tuberkulose Typhus als Todesursache ersten Ranges. Wie Behördenberichte aus den Regionen belegen, waren erneut Vertriebene von den Epidemien besonders betroffen. In seinem Lagebericht zum November 1945 forderte das Ansiedlungskomitee der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa eine »angemessene Zuteilung von Lebensmitteln, Seife, Waschmittel und Vitaminkonzentraten für die Kinder. Wir begründen den Bedarf für diese konkrete Hilfsaktion mit der großen Not der Masse der Repatrianten und der ernsthaften Zunahme von Krankheiten und Sterblichkeit unter Kindern. Gegenwärtig bedürfen 30.000 Repatrianten und ungefähr 6.000 Kinder der Hilfe, deren Schicksal besiegelt wäre, wenn diese prophylaktische Zuwendung nicht erfolgt. ... Es genügt an dieser Stelle, die Gegebenheiten in Beuthen darzulegen, wo ärztliche Forschungen in den Schulen ergeben haben, daß 80% der Kinder Tuberkulose haben oder dafür ausgesprochen anfällig sind.«<sup>110</sup> Diese Zahlen gestatten eine grobe Schätzung über die Verbreitung des Elends. Bis Ende November waren im vor 1939 deutschen Teil der Wojewodschaft 103.394 Vertriebene angekommen, d.h. mindestens ein Drittel von ihnen war von dem extremen, staatlich registrierten Elend betroffen.<sup>111</sup>

Nur langsam bekam der polnische Staat die Westgebiete in den Griff. Ab Mitte 1946 wurden die Berichte über Plünderungen, Überfälle und dergleichen seltener, wengleich sich manche Banden bis 1947 hielten.<sup>112</sup> Bezogen

109 Vgl. AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 11, Bl. 46. Es ist nicht anzunehmen, daß bei dieser Statistik an Typhus erkrankte, verbliebene Deutsche mitgezählt wurden, da sie sich auf Polen bezog. Der Vergleich mit der SBZ läßt mehrere Schlußfolgerungen zu: In der SBZ traten innerhalb von gut zwei Monaten so viele Typhusfälle auf wie in den polnischen Westgebieten innerhalb eines Dreivierteljahres. Da Typhus als ein Indikator für schlechte Lebensumstände gelten kann, belegt dies, daß Elend und Not in der SBZ verbreiteter waren als in den polnischen Westgebieten. Wenn man die unterschiedliche Zahl an Vertriebenen in beiden Ländern berücksichtigt, kann diese Zahl aber auch dahingehend interpretiert werden, daß unter den Vertriebenen in beiden Ländern Seuchen ähnlich häufig vorkamen.

110 AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 178 f.; vgl. ähnlich drastische Berichte aus verschiedenen ober-schlesischen Kreisen in AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 185–188; vgl. auch die Berichte der Abteilung für Gesundheitsfürsorge beim PUR in Kreuzburg in AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 30 und sygn. 31, jeweils o. Bl. Dort war im Sommer 1945 Typhus verbreitet, im Herbst trat vermehrt Krätze auf, 1946 zunehmend Tbc. Laut einer Untersuchung des Landratsamtes vom Februar 1946 waren 1.090 von 5.542 Schulkindern von Schwindsucht »bedroht«. Vgl. AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 458, o. Bl.

111 Vgl. Golebiowski, S. 180 f.

112 Im Kreis Kreuzburg trieb eine Bande unter der Führung des Vizelandrats, der Beteiligung von Vertretern der MO, des UBP und mehrerer Gemeindebeamter bis zum Frühjahr 1947 ihr Unwesen. Auf das Konto dieser Bande gingen unter anderem Überfälle auf Vertriebenentransporte aus Ostpolen, die illegale Vertreibung, Verhaftung und Ermordung bereits verifizierter Einheimischer sowie die Beraubung von verbliebenen Deutschen. Die Mitglieder der Bande rekrutierten sich überwiegend aus der Stadt Sosnowiec. Welche Rückwirkungen die organisierte Kriminalität auf das Verhältnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen untereinander hatte,

auf die Vertriebenen hatten die Zustände im »wildem Westen« zur Folge, daß sie nicht in unzerstörte, gut ausgestattete, von Deutschen geräumte Wohnungen und Häuser einzogen und sich dort problemlos eine neue Existenz aufbauen konnte. Für später ankommende Vertriebene, vor allem die erst Mitte 1946 eintreffenden *sibiriacy* (so wurden 1939 bis 1941 nach Sibirien und Zentralasien deportierte Polen nach ihrer Rückkehr vielfach genannt) wirkte sich die langsame Etablierung einer Staatsmacht bereits positiv aus. Sie konnten häufiger in bereitstehende Häuser untergebracht werden, ohne den Wirren eines wochenlangen Transportes ausgesetzt zu sein. Ein weiteres Beispiel der gestiegenen Organisationsfähigkeit bei der Aufnahme war die geschlossene Ansiedlung polnischer Remigranten aus Jugoslawien im Glatzer Bergland.<sup>113</sup>

Vorteilhaft entwickelten sich auch die Bedingungen für die berufliche Unterbringung der Vertriebenen. Abgesehen von dem Mangel an Siedlerstellen für die bäuerliche Bevölkerung konnten die meisten Vertriebenen ihre früheren Berufe weiter ausüben. Die in den ehemaligen Ostgebieten zahlreich vertretene Intelligenzschicht wurde an den jeweiligen Aufnahmeorten sogar dringend gebraucht, ebenso Facharbeiter und Handwerker. Die günstigen Berufsaussichten für polnische Vertriebene, die sich später im Zuge der stalinistischen Industrialisierungspolitik in den Städten noch verbesserten, markieren einen der wesentlichen Unterschiede zur SBZ/DDR. Dort lebten die meisten Vertriebenen wegen ihrer Aufnahme in kleineren Ortschaften fern von industriellen und gewerblichen Arbeitsplätzen. Ein hoher Anteil unter den Ankömmlingen mußte sich zunächst mit berufsfremden, untergeordneten Tätigkeiten in der Landwirtschaft behelfen. Zwar war die Situation in der SBZ/DDR im Vergleich zu Westdeutschland aufgrund der Bodenreform vorübergehend etwas günstiger, aber auch dort war eine Binnenwanderung vieler Vertriebenen unausweichlich, sollte deren berufliche Integration gelingen und damit die einseitige Verteilung der Vertriebenen bei der Erstaufnahme ausgeglichen werden.<sup>114</sup>

Die Aufnahme von Vertriebenen erstreckte sich insgesamt über einen längeren Zeitraum als die unmittelbare Nachkriegszeit, so daß die Veränderungen und Entwicklungslinien hier nicht alle im Detail dargestellt werden können. In Polen dauerte die sogenannte Repatriierung bis 1948, die letzten deutschen Vertriebenen kamen 1950 in der SBZ an. In der SBZ/DDR war 1949 etwa jeder vierte Einwohner ein Vertriebener, wobei dieser Anteil regional sehr verschieden war. In Mecklenburg-Vorpommern waren 43,3 % der Bevölkerung Vertrie-

wird im dritten Hauptteil näher erläutert. Anfang 1947 wurden in der Wojewodschaft auch die letzten Überfälle und Raubmorde durch Soldaten der Roten Armee aufgezeichnet. Vgl. AP w Katowicach, UWSI, Sp-Pol., sygn. 41, Bl. 20. Das Jahr 1947 markiert demnach den Übergang zur vollen Kontrolle der Westgebiete durch den polnischen Staat.

113 Vgl. dazu AAN, MZO, sygn. 69, Bl. 1 ff.

114 Vgl. Meinicke u. von Plato, S. 68.



bene, in Sachsen nur 17,2 %, was in etwa dem Durchschnitt in Westdeutschland entsprach.<sup>115</sup> Diese Abweichungen hatten ihre Ursache in der Siedlungsstruktur der Länder. In vielen Dörfern der SBZ, vor allem in Mecklenburg und Brandenburg, stellten die Vertriebenen ein Drittel bis über die Hälfte der Bevölkerung, in den ausgebombten Großstädten oft weniger als 10 %.

Auch in Polen bzw. den polnischen Westgebieten wurden die Vertriebenen zunächst überwiegend auf dem Land angesiedelt. Gemäß den Zielvorstellungen der Regierung war »die Migration des polnischen Bauern und seine Ansiedlung auf dem Land wichtiger als der Aufbau der Städte und der städtischen Arbeitsstätten in diesen Gebieten.«<sup>116</sup> In vielen Dörfern überschritt ihr Bevölkerungsanteil entgegen einer entsprechenden Anweisung der Regierung 40%, während sie in den Großstädten eine meist kleine Minderheit blieben. Selbst in Breslau, dessen Nachkriegsgeschichte stark durch Lemberger Traditionen geprägt wurde, waren 1949 nur 20,5 % der Bürger Vertriebene.<sup>117</sup> Der offiziellen Statistik zufolge stammte in den gesamten Westgebieten 26,6% der Bevölkerung aus dem Osten.<sup>118</sup>

Insgesamt ist festzustellen, daß die Behörden in der SBZ das Chaos unmittelbar nach dem Krieg relativ rasch bewältigen konnten. Es gelang ihnen innerhalb nur eines guten halben Jahres, die Aufnahme und Verteilung von Millionen von Vertriebenen zu organisieren. Dies war gemessen an der Aufgabe eine erstaunliche Leistung, die vielleicht mit einer Kombination aus russischer Improvisationsgabe auf seiten der SMAD und deutscher Rigidität bei der Umsetzung der Vorgaben aus Berlin erklärt werden kann. Auch der Vergleich mit den

<sup>115</sup> Stand vom 19. April 1949, Statistik zitiert nach *Hoffmann u. a.*, S. 19. Zur Ergänzung: In Brandenburg lag der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung bei 24,8 %, in Sachsen-Anhalt bei 24,4 % und in Thüringen bei 23,0 %. Unterschiede ähnlichen Ausmaßes im Vertriebenenanteil bestanden auch in Westdeutschland.

<sup>116</sup> *Kielczewska u. Gluck*, S. 5.

<sup>117</sup> Vgl. *Turnau*, S. 20.

<sup>118</sup> Die Zahl von 26,6% wurde anhand der Bevölkerungsstatistik vom 31. Dezember 1948 errechnet. Vgl. *Osekowski*, S. 53 f.; aus den polnischen Ostgebieten wurden laut Jan Czerniakiewicz 1944 117.211, 1945 742.631, 1946 640.014, 1947 10.801 und 1948 7.325, also insgesamt von 1945 bis 1948 1.517.982 Polen repatriiert. *Czerniakiewicz*, Repatriacja S. 54. Nicht genau zu ermitteln ist, wie viele der 200.000–300.000 Vertriebenen, die 1943/44 vor dem polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg über den San nach Westen geflohen waren, und wie viele der 500.000 aus den polnischen Ostgebieten stammenden Zwangsarbeitern sich in den Westgebieten niederließen. Vgl. zur Flucht vor dem polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg *Eberhardt*, *Granica Wschodnia*, S. 136; vgl. zur Statistik der Zwangsarbeiter aus den polnische Ostgebieten *Główny Urząd Statystyczny*, S. 196. Etliche Vertriebene verschwiegen außerdem aus Angst vor dem NKVD und dem polnischen Geheimdienst ihre ostpolnische Herkunft. Stefan Banasiak geht in seiner Schätzung, der höchsten innerhalb der polnischen Wissenschaft verbreiteten, von insgesamt 2,4 Millionen Repatrianten aus, wovon sich 949.529 als ländliche und 912.309 als städtische Siedler in den polnischen Westgebieten niedergelassen hätten. In den verbliebenen Vorkriegsgebieten Polens vermutet Banasiak eine Zahl von 550.000 Repatrianten. *Banasiak*, *Settlement*, S. 148 f.

Westzonen fällt für die SBZ günstig aus. Die amerikanische Zone stellte Mitte Dezember 1945, also drei Monate nach Gründung der ZVU, auf allen Verwaltungsstufen Sonderbeauftragte für das Flüchtlingswesen ein. Erst im Frühjahr 1946 erarbeiteten die Amerikaner Konzepte für eine Integration der »Flüchtlinge.«<sup>119</sup> Die britische Zone hinkte hinter der amerikanischen noch hinterher. Dort gründeten die einzelnen Länder erst Ende 1946 eigene Flüchtlingsverwaltungen, doch mangelte es bis 1947 an einer Abstimmung der Sofortmaßnahmen und einer übergreifenden Vertriebenenpolitik.<sup>120</sup>

Die rasche Krisenbewältigung in der SBZ wird auch im Vergleich mit Polen deutlich. Dort herrschten in den Aufnahmegebieten für Vertriebene bis Ende 1945 chaotische Zustände. Die polnische Verwaltung bekam die gesamten Wiedergewonnenen Gebiete nur langsam in den Griff, wobei man ihr zugute halten muß, daß sie bis zum Sommer 1945 den sowjetischen Kommandanturen untergeordnet war. Auch danach mußte die polnische Behörden ihre Kompetenzen vor Ort erst gegen die Rote Armee durchsetzen. Bis dahin hatten sich jedoch im »wilden Westen« Banden breitgemacht, die zeitweise mehr Machtmittel in ihren Händen hatten als der polnische Staat. Infolgedessen wurden auch die Orte geplündert und devastiert, die den Krieg noch unversehrt überstanden hatten und damit Werte vernichtet, auf die der junge polnische Staat nur schwer verzichten konnte.

Polen büßte somit 1945 viel von dem vermeintlichen Vorteil ein, daß Aufnahmegebiete für seine »Repatrianten« zur Verfügung standen. Ein Indiz dafür ist die Rückwanderung aus den Westgebieten. In einzelnen Regionen kehrten bis zu 60% der Ansiedler dem »wilden Westen« den Rücken zu und kehrten in ihre Heimat nach Zentralpolen zurück.<sup>121</sup> Diese Möglichkeit besaßen die polnischen Vertriebenen nicht. Sie gehörten zu den Hauptleidtragenden der verbreiteten Kriminalität. Schon bald standen keine unzerstörten und ungeplünderten Wohnungen und Häuser mehr für die Ansiedlung zur Verfügung. Außerdem besaßen die Vertriebenen als entwurzelte, auseinandergerissene und bei der Aufnahme häufig erschöpfte Bevölkerungsgruppe schlechte Voraussetzungen, um sich in einem Land durchzusetzen, in dem das Recht des Stärkeren galt. Erst im Laufe des Jahres 1946 stabilisierte sich die polnische Verwaltung in den Westgebieten soweit, daß sie ihre allgemeinen Aufgaben, darunter auch die Aufnahme und Ansiedlung der Vertriebenen aus Ostpolen, voll wahrnehmen konnte.

<sup>119</sup> Vgl. *Heidemeyer*, S. 71 f.; *Schraut*, Flüchtlingsaufnahme, S. 45.

<sup>120</sup> Vgl. die kritische Beurteilung der britischen Politik in *Heidemeyer*, S. 72. Zu einer günstigeren Bewertung kommen Ulrike Jordan in ihrem Aufsatz über Kinder im Kontext britischer Flüchtlingspolitik und darauf basierend *Schraut*, Die Flüchtlingsfrage, S. 7 f.

<sup>121</sup> Vgl. *Borodziej u. Hajnicz*, S. 31.

Unterschiede fühlten sich die Vertriebenen, wie der LDP-Politiker Franz Ediger 1948 formulierte, als »zweitklassige Mitglieder unserer neuen deutschen Lebensgemeinschaft«. <sup>149</sup> Allerdings traf dies in weit größerem Maße auf die Dörfer und ihre weitgehend geschlossenen Gesellschaften zu. »In den Städten«, so hielt die brandenburgische Vertriebenenbehörde fest, »in denen der Umsiedler infolge der größeren Einwohnerzahl anonym bleibt, besteht allgemein ein recht gutes Verhältnis.« <sup>150</sup> Diese Einschätzung traf zwar nur auf die Groß-, und nicht auf Kleinstädte zu, war aber von der Tendenz her richtig.

Die Ablehnung der Vertriebenen auf dem Lande in den vierziger Jahren war ein wesentlicher Motivationsfaktor für ihre Abwanderung in die Städte. Die Stereotype bewirkten damit auf indirekte Weise ein zahlenmäßiges Abschmelzen der unterprivilegierten Schicht an Ankömmlingen. Die Möglichkeit des Zusammenschlusses und damit der Organisation ihrer Interessen blieb den Vertriebenen aufgrund des Fortbestands des Koalitionsverbotes verwehrt. Die einzige Möglichkeit, der gesellschaftlichen Randexistenz als Vertriebener zu entkommen, lag entweder in der Abwanderung oder der Anpassung an die Einheimischen. Die Gruppe der nicht integrierten Vertriebenen nahm daher auch auf den Dörfern zahlenmäßig ab.

Wie der bereits zitierte Lewis Coser feststellt, übertragen Stereotype Urteile, die auf einem imaginären oder realen Zustand der Vergangenheit beruhen, in die Gegenwart und Zukunft, bis sie sich überlebt haben. In der SBZ/DDR entsprachen die Stereotype von Vertriebenen bald nur noch begrenzt der Realität. Auch auf dem Land entzog der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung in den fünfziger Jahren, an dem Vertriebene teilhatten, den Vorurteilen langsam die Grundlage. Die Vertriebenen waren nach einer bestimmten Zeit keine Habenichtse mehr. Die sozialen Unterschiede, die 1956 noch bestanden, waren bei weitem nicht mehr so krass wie 1946. Wie im ersten Kapitel dieses Hauptteils erläutert, entwickelten Vertriebene gerade wegen ihrer materiellen Defizite eine besondere berufliche Dynamik. Ein Brief des Besitzers einer Ziegelei in Havelberg an die brandenburgische Landesregierung spiegelt dies wider: »Sie sind meine besten, pünktlichen und zuverlässigen Arbeiter. Ich ... beabsichtige noch weitere Wohnungen für die Umsiedlerfamilien meines Betriebes instandzusetzen. Außerdem bitte ich um weitere Zuweisung von Umsiedlern für meinen Betrieb.« <sup>151</sup>

In den letzten amtlichen Berichten über Vertriebene von Mitte der fünfziger Jahre wurden Vorurteile und Stereotype nicht mehr erwähnt. Dies allein reicht als Beweis nicht aus, daß diese aufhörten zu existieren. Doch geht beispielsweise aus den Befragungen von Lutz Niethammer hervor, daß es in den neuen

149 Vgl. Ediger, S. 8.

150 Vgl. BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 93.

151 BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 147.

Industriestandorten keine Diskriminierung der Vertriebenen mehr gab. Erzählungen, die im ländlichen Bereich spielen, wie beispielsweise einige von Erwin Strittmatter, deuten an, daß Vertriebene Mitte der fünfziger Jahre auch in den Dorfgesellschaften nicht mehr ausgegrenzt wurden. Die Gründe hierfür waren neben dem Faktor der Gewöhnung der Wandel der Generationen. Schon 1947 berichtete der brandenburgische Minister für Volksbildung: »Aus allen Berichten geht hervor, daß vor allem bei Kindern kein Unterschied mehr zwischen Alteingesessenen und Neubürgern zu spüren ist.« <sup>152</sup>

### 3.2.2. Das Verhältnis zwischen Zentralpolen und Vertriebenen

#### *Pioniere erster und zweiter Klasse*

In Zentralpolen herrschte gegenüber den Vertriebenen eine ähnliche Einstellung wie 1945/46 in der SBZ. Die einheimische Bevölkerung hatte durch den Krieg und die Besatzung sehr gelitten und wollte die eigenen Probleme durch die Aufnahme zusätzlicher Bevölkerung nicht vergrößern. Sie stand den Vertriebenen daher ablehnend gegenüber. Das MZO resümierte 1946 über die Situation der Vertriebenen in Zentralpolen: »Die örtliche Bevölkerung strebt danach, die »besitzlosen Eindringlinge aus dem Osten« loszuwerden, und majorisiert die Repatrianten in den örtlichen Selbstverwaltungsorganen und in der Miliz.« <sup>153</sup> Im Unterschied zur SBZ, wo die Aufnahme unvermeidbar war, hatten die regionalen und lokalen Verantwortungsträger in Zentralpolen jedoch ein triftiges Argument, die Ankömmlinge tatsächlich »loszuwerden«. Sie wiesen darauf, daß für die Aufnahme der »Repatrianten« eigens dafür vorgesehene Gebiete vorhanden seien, deren Besiedlung im nationalen Interesse Polens liege. Die meisten Vertriebenen konnten sich daher in Zentralpolen nicht halten und zogen mehr oder weniger freiwillig weiter in die Westgebiete. <sup>154</sup>

Dort bestanden andere Voraussetzungen für die Beziehungen zwischen Zentralpolen und vertriebenen Ostpolen, da beide Gruppen zugewandert waren. Die Bedingungen für ein konfliktarmes Verhältnis beider Gruppen waren

152 BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 64.

153 AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 29. Vgl. dazu für das Gebiet der SBZ eine sehr ähnlich klingende Beobachtung der ZVU: »Häufig werden Neubürger von der eingewanderten Bevölkerung als Eindringlinge bezeichnet.« BAP, DO 1-10, Nr. 25, Bl. 105; vgl. dazu auch den Aufsatz von J. Kochanowski über die Vertreibung aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten.

154 Vgl. zur Problematik der Vertriebenen in Ostoberschlesien Golebiowski, S. 104-110; vgl. zur Wojewodschaft Warschau IZ, P. 25; IZ, P. 225; Żaba, S. 69; vgl. zur erneuten Migration in die Westgebiete Banasiak, Osadnictwo, S. 167. Die Ausnahme hierzu waren bereits 1944 aus den Ostgebieten abtransportierte »Repatrianten«, die mehrheitlich in Zentralpolen blieben.

auch insofern günstiger als in Zentralpolen, da in den Westgebieten praktisch das gesamte (ehemals deutsche) Eigentum für eine Aufteilung unter den Ankömmlingen zur Disposition stand. Dementsprechend war eine materielle Basis dafür vorhanden, Verteilungskonflikte weitgehend zu vermeiden. Wie im Kapitel zur Ankunft und Aufnahme der Vertriebenen dargestellt, schmolz diese Basis jedoch im »wildem Westen« schnell dahin, außerdem ließ die Dynamik des Besiedlungsprozesses keine gleiche Verteilung des Vermögens in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu.

Weiteren Anlaß zu Konflikten lieferten die verschiedene Vorgeschichte von Umsiedlern und Vertriebenen, die ungleichen Rollenzuweisungen durch die Regierung und die verschiedenen Interessen beider Gruppen. Die Umsiedler waren eine dynamische Gruppe, die freiwillig mit dem Ziel eines materiellen und sozialen Aufstiegs migriert war. Die polnische Regierung hatte die Umsiedlung mit Versprechungen, daß jeder Zentralpole in den Wiedergewonnenen Gebieten eine Hofstelle erhalten werde, gefördert. Die 1945 herausgegebene Werbebroschüre »Na Zachód!« (In den Westen!) gibt dies wieder. In dem Faltblatt hieß es: »Geh dorthin! Ehe Du Dich umschaust/ biste besser und reich/ denn der Bauer im Westen/ ist dem Wojewoden gleich!«<sup>155</sup> Allein 1945 registrierte das PUR in den Westgebieten 1.630.000 Umsiedler aus Zentralpolen. In dieser Statistik waren die »wildem« Siedler nicht mitgezählt.<sup>156</sup> Dagegen waren die sogenannten Repatrianten nicht freiwillig in die Westgebiete gekommen. Sie mußten erst den Vertreibungsschock überwinden und sich an die neuen Gegebenheiten gewöhnen, die ihnen wegen der weiten Entfernung zur alten Heimat fremder waren als den Zuwanderern aus Zentralpolen. Wie die verbreitete Hoffnung auf Rückkehr belegt, war ihr Denken und Fühlen zumindest noch teilweise auf die Vergangenheit gerichtet, während sich die Umsiedler schon unmittelbar nach der Ankunft in den Westgebieten auf ihre Karriere und die Vermehrung ihres Besitzstandes konzentrierten.

Im Verlauf der Besiedlung der Westgebiete konnten sich die Umsiedler aus Zentralpolen höhere Stellen in der Wirtschaft und überproportional viele Positionen in der Politik, den mächtigen Sicherheitsorganen und der Verwaltung sichern. Sie schnitten auch bei der Verteilung von knappen Gütern wie Land und den für eine Individualbewirtschaftung geeigneten Hofstellen besser ab. In der Folge der Besiedlungspolitik entstanden somit spürbare soziale Unterschiede zwischen Vertriebenen und Umsiedlern. Diese waren zwar weniger ausgeprägt als zwischen Vertriebenen und Einheimischen in Deutschland, doch war beispielsweise das Repräsentationsdefizit in den staatlichen Strukturen etwa gleich groß. Dies verursachte zahlreiche Spannungen, Mißgunst und

155 Auf polnisch lautete der Vers: »Jedź tam, Ani się opatrzyć, Już lepszy i bogatszy, Bowiem rolnik na Zachodzie, Będzie równy wojewodzie!«

156 Vgl. *Slabek*, S. 227.

Neid. Grob vereinfacht standen Umsiedler einige Jahre nach dem Krieg als Gewinner der Westverschiebung Polens da, viele Vertriebene hingegen als Verlierer.

### *Verteilungskonflikte*

Der Verlauf der Besiedlung der Westgebiete bewirkte, daß ein erster Schwung von Umsiedlern vor den Vertriebenen in den jeweiligen Aufnahmeorten ankam und sich die attraktivsten, unzerstörten Landwirtschaften und Wohnungen sichern konnte.<sup>157</sup> Solange für alle Ankömmlinge Ansiedlungsmöglichkeiten vorhanden waren, entstanden aus dieser Situation heraus noch keine gesellschaftlichen Konflikte. Spannungen zwischen den Gruppen traten erstmals auf, als die Hofstellen, auf denen sofort eine Individualbewirtschaftung aufgenommen werden konnte, knapp wurden. In den Gebieten nahe der deutsch-polnischen Grenze von 1939 war dies schon im Frühsommer 1945 der Fall, in weiter von Zentralpolen entfernten Regionen Anfang 1946. Je mehr polnische Siedler ankamen, desto spürbarer wurde auch der Mangel an Lebensmitteln, Brennstoff und anderen Gütern des täglichen Bedarfs.

In Oberschlesien registrierten die Behörden erstmals im Juli 1945 Beschwerden der Vertriebenen. Das PUR in Kreuzburg stellte fest: »Die Gründe für die Unzufriedenheit liegen im Mangel eigener Arbeitsstätten, von Lebensmitteln und Brennstoff. Sie sind enorm verbittert über die Regierung und die, welche die Repatriierung ausführen. Daher rühren auch die Vorbehalte gegenüber der örtlichen Bevölkerung, deren Verhältnis zu ihnen nicht gerade herzlich ist, sowie gegenüber den Siedlern aus Zentralpolen, von denen jeder, da sie früher ankamen, eine eigene Wirtschaft oder einen anderen Arbeitsplatz haben.«<sup>158</sup> Im Kreis Kreuzburg, in dem aufgrund der hohen Anzahl nicht angesiedelter Vertriebenen die Lage besonders angespannt war, notierte das PUR wegen der offensichtlich besseren Ausstattung der Umsiedler mit Land und Bauernhöfen einen »ausgeprägten Antagonismus zwischen Repatrianten und Ansiedlern.«<sup>159</sup> Doch auch in den Teilen der Westgebiete, in denen aufgrund der fast vollständigen Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung mehr Ansiedlungsmöglichkeiten bestanden, berichteten die Behörden über ein schlechtes Verhältnis

157 Vgl. dazu die Situationsbeschreibungen aus verschiedenen Regionen in *Pierwsza lata*, Bd. II, S. 319 und S. 347; IS, P 80; IS, P 95; IZ, P 201; *Kempfi*, S. 93 ff.

158 AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 6, Bl. 146.

159 AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 8, Bl. 56; vgl. auch ähnliche Berichte anderer Stellen in AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 79, Bl. 25; AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 130, Bl. 88; AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 135, Bl. 1 f. und 35 ff. Im Zusammenhang mit dem Streit um Bauernhöfe und Wohnungen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Vertriebenen und Umsiedlern. Vgl. AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 351, Bl. 2.

der Regel nicht die Mühe machten, die in der Vertreibung liegenden Gründe für Apathie und eine verspätete Arbeitsaufnahme zu berücksichtigen. Wie im Kapitel 2.2. dargestellt, waren Vorurteile gegenüber Vertriebenen unmittelbar nach dem Kriegsende auch unter den Behörden verbreitet.

Die gegenseitigen Vorurteile machten sich auch außerhalb der Politik und der Betriebe bemerkbar. Ein Vertriebener hielt dies in seinen Erinnerungen über den Kreis Neisse fest: »Alle, die einer bestimmten Bevölkerung angehörten, wollten zeigen, daß sie gegenüber den anderen etwas Besseres seien. Es war nicht schwer, jemand so zu beleidigen, daß sich daraus eine Schlägerei entwickelte. Es gab in dieser Zeit kein Fest und keine Hochzeit, auf der man sich nicht geprügelt hätte.« Allerdings hielt der Autor fest, daß es nach einer gewissen Zeit zu einer Verständigung zwischen den Gruppen gekommen sei.<sup>176</sup>

Ein wesentlicher Faktor, der Konflikte zwischen Vertriebenen und Umsiedlern verursachte, wurde durch das Dekret vom 6. September 1946 zur Agrarverfassung und Ansiedlung in den Wiedergewonnenen Gebieten entschärft. Das Dekret regelte auf dem Lande die Problematik des umstrittenen Eigentums. Allerdings war bis dahin das Verhältnis zwischen Vertriebenen und Umsiedlern häufig derart zerrüttet, daß z.B. das Wojewodschaftsamt Breslau noch im Dezember 1946 die Entwicklung zweier feindlichen Lager in bestimmten Ortschaften feststellte.<sup>177</sup> Zu dieser innerpolnischen Lagerbildung trug auch bei, daß mit der Emigration vieler überlebender Juden und der Vertreibung der Deutschen ab Ende 1946 die antagonistischen und dadurch unifizierenden Bezugspunkte polnischen Nationalbewußtseins aus dem öffentlichen Leben verschwanden. Das Fehlen der alten Gegner lenkte die aggressiven Energien, die wohl in jeder Gesellschaft vorhanden sind, aber durch das kommunistische Regime bewußt verstärkt wurden, nach innen um.<sup>178</sup> Sozialwissenschaftler beobachteten über die fünfziger Jahre hinweg eine Spaltung der Dorfgesellschaften in Umsiedler und Repatrianten.<sup>179</sup> Wie tief diese Spaltung ging, hing unter anderem von dem Maß an Ungleichheit, der Rolle der lokalen Verantwortungsträger sowie dem Wohlstand der einzelnen Orte und Kreise ab.

Gegen Ende der vierziger Jahre verloren die Konflikte an Schärfe, weil sich die allgemeine wirtschaftliche Lage besserte. Der allgemeine Mangel war ab 1947 soweit behoben, daß die gesamte Bevölkerung einigermaßen versorgt werden konnte. Auch der Viehbesatz hatte sich erholt. Die meisten Bauern verfügten inzwischen über Kühe und Pferde, selbst schlechter gestellte Landwirte konnten somit ihr Auskommen finden. Die Eigentumskonflikte zwischen Umsiedlern und Vertriebenen wurden außerdem ab 1948 durch die

176 IS, P 100 (hier S. 23).

177 CA MSW, MZO, sygn. 35, Bl. 4.

178 Vgl. Padraic Kenneys Forschungen zu Arbeitern in Breslau in Kenney, S. 8.

179 Vgl. Żygulski, Repatrianci, S. 112 f.; Nowakowski, Adaptacja, S. 29; Chrzanowski, S. 30–32.

Gefährdung des Besitzstandes aller Siedler im Zusammenhang mit der Kollektivierung überlagert. Im Stalinismus entstanden neue Konfliktlinien, unter anderem zwischen Befürwortern und Gegnern des Regimes. Allerdings waren diese Auseinandersetzungen überwiegend politischer Natur und wurden nicht durch die Herkunft der jeweiligen Konfliktparteien bedingt.

### 3.2.3. Das Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen in den Westgebieten

#### Die »Repolonisierung«

Ehe auf die Konflikte zwischen Einheimischen und Vertriebenen eingegangen wird, müssen einige historische Grundlagen Oberschlesien und Masurens erklärt werden, die das Verhältnis der Einheimischen zu sämtlichen zugewanderten Polen in den Westgebieten bestimmten.<sup>180</sup> In Oberschlesien und in Masuren lebte in der gesamten Neuzeit neben einem größtenteils während der mittelalterlichen Kolonisation aus dem Deutschen Reich zugewanderten Stadtbürgertum eine Landbevölkerung, die polnisch in verschiedenen Dialekten sprach. Seit dem Beginn der Industrialisierung hatte sich die Differenzierung zwischen den überwiegend von auswärtigen Deutschen gestellten politischen und wirtschaftlichen Eliten und dieser Landbevölkerung verschärft. Vor allem Oberschlesien wies eine stark stratifizierte Sozialstruktur auf, die sich teilweise mit ethnischen bzw. sprachlichen Trennlinien überschneidet. Zwar nahm auf dem Lande die Zweisprachigkeit als verbindendes Element im Laufe des 19. Jahrhunderts zu, aber dennoch blickte man in Preußen auf die Masuren und Oberschlesier als Polacken, Schlonsacken oder Wasserpolen herab. Für eine weitere Abgrenzung sorgte Bismarck mit der Herabsetzung der Katholiken – die Oberschlesier waren größtenteils katholisch – als Reichsfeinde. Diese Faktoren bewirkten, daß auf dem Lande besonders in Oberschlesien, begrenzt auch in Masuren, eine stark auf die Region bezogene Identität bestimmend blieb, aber kein oder ein nur gering ausgeprägtes deutsches Nationalbewußtsein entstand.

Nach dem ersten Weltkrieg stellte das wiedererrichtete Polen Ansprüche auf Teile der preußischen Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen. Vor allem Oberschlesien war zu Beginn der zwanziger Jahre Schauplatz von Nationalitätenkonflikten. Deshalb fanden 1920/21 Plebiszite über die staatliche Zugehö-

180 Andere ethnische Mischgebiete entlang der deutsch-polnischen Grenze von 1939 wie Pommerellen bleiben hier aus Platzgründen außer Betracht.